67. Jahrgang Nr. 34

Berliner

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 26. Januar 1919

Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentl. oder M. 1,30 monatl., Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M 1,30 u. vierteljährlich M. 3,90. Feldpost-Abonnements M. 1,30 monatl. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 35 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 35 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 40% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Exped.: SW. Jerusalemer Str. 46-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, [illegible] Allee 126, [illegible] Allee 346, Gr. Frankf. Str. 104, [illegible] Str. 107, Schönh. Allee 144, Schönhauser Allee 4, Feinstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 3, [illegible]straße 61, Potsd. Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 89, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Sömarrenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Cailsr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 85; Brandenburg: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW.

Auf zur Preußenwahl!

O. N. Am heutigen Sonntag soll die Nationalversammlung für Preußen gewählt werden. Wiederum ergeht an Männer und Frauen der Ruf: an die Wahlurne! Der 26. Januar muß vollenden, was der 19. verheißungsvoll begann. Es gilt jetzt, in Preußen die gleiche politisch-parlamentarische Machtverteilung zu schaffen, wie sie durch den Ausfall der Reichswahlen für die Nationalversammlung entstanden ist. Es darf nicht wieder so kommen, daß in Preußen eine andere Mehrheit regiert als im Reiche. Das Volk muß genügend politische Reife zeigen, um eine gewisse Gleichartigkeit der Mehrheitsverhältnisse in den Bundesstaaten und im Reiche zu schaffen. Süddeutschland ist mit gutem Beispiel vorangegangen. In Baden, Bayern und Württemberg hat die Deutsche demokratische Partei die gleiche ausschlaggebende Stellung wie im Reiche erlangt. Soll Preußen diese politische Einheitslinie nicht stören, so ist es vor allem nötig, daß die heutigen Wahlen keine sozialdemokratische Mehrheit für Preußen ergeben. Diese Gefahr besteht; denn die sozialdemokratische Mehrheit in der deutschen Konstituante ist im wesentlichen durch die süddeutschen Ergebnisse verhütet worden. Eine sozialdemokratische Mehrheit im größten Bundesstaat müßte eine einheitliche Reichspolitik ähnlich hindern wie früher, wo im Reiche die Mehrheitsverhältnisse anders lagen als im preußischen Dreiklassenlandtage. Hinzu kommt, daß gerade die Frage der Sozialisierung in Preußen viel wirtschaftliche Unruhe hervorzurufen vermag. Soll die Stetigkeit unserer Politik künftig gewährleistet sein, so wird es darum notwendig werden, am heutigen Wahltag die Position der Deutschen demokratischen Partei noch etwas zu verstärken.

Ganz besonders gilt es aber die Rückenstöße von rechts her abzuwehren. Die „Deutschnationalen" und die „Deutsche Volkspartei" führen den Wahlkampf fast ausschließlich gegen die Deutsche demokratische Partei, und das mit ihnen verbündete Zentrum überbietet sich dabei an Hilfeleistungen. Die geeinte Reaktion geht wieder mit verbundenen Listen vor, und ihre Kampfmethoden sind gegenüber der Reichswahl womöglich noch unsauberer geworden. Mit dem schäbigen Mittel der Judenhetze versucht man Stimmenfang. Es ist interessant, daß draußen im Lande die reinen Antisemiten eine völlige Niederlage erlitten haben. Weder Herr Werner-Gießen noch der patriotische Herr Lattmann sind in die Nationalversammlung gelangt, obwohl der erstere an der Spitze einer Liste stand, während Herr Lattmann in Hessen-Nassau zweiter war. Im Lande hat man dem Antisemitismus eine gründliche Abfuhr bereitet. Will Berlin jetzt auf den Antisemitenschwindel hineinfallen, der auf den hessischen Dörfern nicht mehr zieht? Auch gestern haben die Deutschnationalen wieder Plakate angeklebt, die da behaupten, die Regierung bestehe zu 90 Prozent aus Juden, wer da wolle, daß es 100 Prozent würden, der solle demokratisch wählen. Ein um so kläglicherer Wahlmanöver, als zurzeit keiner der Volksbeauftragten Jude ist. Aber was schert das antisemitische Gesindel die Wahrheit. Sie lügen nach der Methode des alten Wortes: Audacter calumniare semper aliquid haeret (Verleumde nur tüchtig drauf los, etwas bleibt immer hängen.) Es ist heute Ehrensache der Groß-Berliner Wähler, diesen Volksbetrügern eine Absage zu erteilen!

Ihr neuester Trick war die „Zerstückelung" Preußens. Da der Staatssekretär Dr. Preuß in seinem Entwurf für die Reichsverfassung die Zerlegung Preußens in acht Republiken vorschlägt, glaubten sie hier ein willkommenes Agitationsmittel gefunden zu haben, das die Wähler alle konservativen Sünden vergessen machen könnte. Die Frage wurde von ihnen auch gleich „großzügig" angeschnitten. In bunten Bildern, in allen Zeitungen und in unzähligen Flugblättern versuchen sie sich als die „Retter Preußens" mit marktschreierischer Reklame anzupreisen. Nun, wer Preußen und das Reich auf den heutigen Tiefstand heruntergewirtschaftet hat, ist allmählich jedem politischen Kinde klar. Die Agrarkonservativen, die heute „Deutschnational" firmieren, haben durch die jahrzehntelange Verweigerung jeder Reform in Preußen Wind gesäet, und wenn wir jetzt Sturm ernten, so ist das die schwere Schuld der konservativen Wahlrechts- und Reformfeindschaft. Sie hatten Preußen zum rückständigsten Staate herabgedrückt und damit auch dem deutschen Namen in der ganzen Welt geschadet. Heute suchen sie den Anschein zu erwecken, als hätten sie alte Fehler eingesehen. Aber man darf ihnen ja nichts glauben! Sie bringen es fertig, die belastetsten Wahlrechtsfeinde wieder zu präsentieren. So steht an der Spitze der deutschnationalen Liste für Potsdam 1—9 Herr Lüdicke aus Spandau, der gehässigste Feind des gleichen Wahlrechts im alten Dreiklassenhause. Als dritter auf der gleichen Liste erscheint Dr. Rösicke, der Mann des Bundes der Landwirte, der gleichfalls stets nur Spott und Hohn für ein gerechtes Wahlrecht hatte. An der Spitze der Liste für Potsdam 10 (Teltow-Charlottenburg) steht Herr Hammer, ein Mann, der gleichfalls hartnäckig das gleiche Wahlrecht in allen Lesungen ablehnte! So haben sich die Konservativen angeblich „gewandelt"! Ihre ganze Agitation gegen die Demokratie ist aufgebaut auf einer großen Lüge! Gerade wer wirklich deutschnational denkt, der muß die Bundesstaaten schwächen und das Reich stärken. Alles, was partikularistisch denkt, stürzt sich jetzt auf den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß. Auch wir halten seine Vorschläge nicht für richtig, und die Deutsche demokratische Partei lehnt sie in ihrer gegenwärtigen Leitung ebenfalls entschieden ab. Aber die Preuß'sche Tendenz, das Reich auf Kosten der Bundesstaaten zu stärken, muß jeder unterstützen, der die Reichserhaltung wünscht. Nur eine starke Annäherung an den Zentralstaat macht den Bundesstaat erträglich. Ist die Reichseinheit aber fest in der Verfassung verankert, dann schadet eine provinzielle Dezentralisierung auch nicht, aber sie darf sich nicht bis zur Bildung von Sonderstaaten entwickeln, deren Lebens- und Leistungsfähigkeit ebenso fraglich ist wie ihre Zweckmäßigkeit. Diese Fragen können aber unmöglich unter dem agitatorischen Gesichtswinkel behandelt werden. Die Konservativen spekulieren auf den Mangel an staatsbürgerlicher Bildung, wenn sie einige Schlagworte in die Masse werfen.

Unser Ruf ergeht an die denkenden Wähler und Wählerinnen. Das neue Preußen wird ebensowenig ein schlechteres sein, wie das Preußen der Stein und Hardenberg nicht schlechter war als das friderizianische. Die neue Zeit erfordert einen neuen Geist und neue staatliche Formen. Im übrigen gilt aber auch heute noch das Wort des alten Demokraten Franz Ziegler: „Das Herz der Demokratie ist dort, wo Preußens Fahnen wehen!"

Auf zur Wahl, wählt die demokratischen Listen!

Die demokratischen Kandidaten für Groß-Berlin.

Die Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung.

Wähler, Männer und Frauen, gebt heute bei den Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung folgende Deutsch-demokratische Stimmzettel ab:

Stadt Berlin.

1. Dr. Ernst Troeltsch, Universitätsprofessor.
2. Oscar Cassel, Notar.
3. Dr. Hugo Preuß, Staatssekretär des Innern.
4. Wilhelm Flügel, Lehrer.
5. Frieda Wunderlich.
6. Hermann Englert, Verbandssekretär. 7. Dr. Otto Mugdan, Arzt. 8. Carl Löhning, Stadtrat. 9. Dr. Kurt Köhler, Direktor. 10. Leopold Rosenow, Kaufmann. 11. Paul Lucht, Hutmachermeister. 12. Dr. Maximilian Runze, Pfarrer. 13. Marie v. Bunsen. 14. Alexander Prentzel, Geh. Regierungsrat. 15. Eduard Selchow, Eisenbahn-Wagenaufseher. 16. Eduard Jordan, Gewerkvereinssekretär. 17. Ernst Imming, Dentist. 18. Dr. Hans Kaufmann, Rechtsanwalt. 19. Dr. Friedrich Cauer, Lyzealdirektor. 20. Ernst Schrader, Polizeiwachtmeister. 21. Bernhard Crostewitz, Lyzeallehrer.

Potsdam 1—9.

1. Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg, Charlottenburg, Hardenbergstraße 1.
2. Bankdirektor Emil Wiglow, Brandenburg a. H., Steinstraße 8.
3. Staatsarbeiter Otto Hoffmann, Berlin-Lichtenberg, Wuhlestraße 2.
4. Bauer Otto Liese, Haverland (Wilsnack).
5. Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Gumpert, Luckenwalde, Breitestraße 36.
6. Pfarrer Dietrich Graue, Berlin C. 2, Bischofstraße 4—5. 7. Buchdruckereibesitzer Fritz Wenckebach, Rathenow, Berliner Straße 20. 8. Oberlehrerin Dr. Elsbeth Schwenke, Charlottenburg, Drohsenstraße 17. 9. Rektor Ernst Buhtz, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorfer Straße 3. 10. Lokomotivführer a. D. Georg Rabe, Berlin-Friedenau, Hertelstraße 10. 11. Klempnermeister Paul Brötler, Luckenwalde, Haag 27. 12. Bandagist und Stadtrat Karl Mittag, Eberswalde, Mühlenstraße 22. 13. Schleusenmeister Robert Fischer, Grafenbrück bei Marienwerder, Bezirk Potsdam. 14. Kaufmännische Angestellte, Diplom. Handelslehrerin Jenny Graf, Berlin C. 54, Auguststraße 49. 15. Handschuhmachermeister Karl Dittmann jun., Bernau (Mark), Kurfürstenstraße 5.

Potsdam 10.

1. Lehrer Otto, Charlottenburg.
2. Oberbürgermeister Dominicus, Berlin-Schöneberg
3. Geheimer Justizrat Dr. Liepmann, Charlottenburg.
4. Fräulein Dr. v. Harnack, Berlin-Grunewald.
5. Kassenverwalter Eisenbahnarbeiter Klank, Berlin-Steglitz.
6. Landwirt Welter, Zossen. 7. Ingenieur Mahlow Berlin-Schöneberg. 8. Realschuldirektor Mattes, Berlin-Adlershof. 9. Gemeindesekretär Stausch, Berlin. 10. Kaufmann Perl, Charlottenburg. 11. Stadtrat Lindner, Neukölln. 12. Geh. Exp.-Sekretär Dölz, Vorsitzender des Beamtenwirtschaftsvereins Berlin-Steglitz. 13. Fräulein Dr. Berliner, Berlin-Schöneberg.

Die erste Aufgabe der Nationalversammlung.

Einsetzung einer neuen Regierung.

Die gestrige Nachmittagssitzung des Kabinetts mit den Vertretern der Bundesstaaten zeigte, wie die „P. P. N." mitteilen, daß eine starke Tendenz zum Einheitsstaat vorhanden ist, daß aber die Schwierigkeiten, welche dieser Lösung im Wege stehen, als sehr groß empfunden werden und tatsächlich auch so groß sind, daß eine radikale Entwicklung nicht wahrscheinlich ist.

Zum Einheitsstaat bekannte sich besonders warm das Mitglied der Reichsregierung Landsberg. Als ein besonders bedenkliches Symptom für den noch immer grassierenden Partikularismus bezeichnete er den Umstand, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht einheitlich durchgeführt werden konnte, sondern durch Widerspruch Bayerns erhebliche Einschränkungen erlebt.

Auch der preußische Minister für Handel und Industrie, Fischbeck, bekannte sich als Unitarier. Da er aber in der Politik die Kunst des Möglichen sieht, so glaubt er nicht an eine glatte Ueberwindung aller der Uebelstände, die sich einer sofortigen Ueberleitung der jetzigen Reichsverfassung in eine rein unitarische entgegenstellen. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß der Verfassungsentwurf einen starken Mangel zu haben scheint, da, was er mit Preußen beabsichtige, eine Umkehr des Prinzips des Einheitsstaates, nämlich die Zerschlagung einer im großen Ganzen bewährten Verwaltungseinheit darstelle.

Volksbeauftragter Ebert regte darauf an, daß, da die **Regierung entschlossen sei, sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen** und der Nationalversammlung als erste Aufgabe die **Einsetzung einer neuen Reichsregierung** zu überlassen, heute eine Kommission eingesetzt werde, der die Vertreter aller deutschen Freistaaten angehören sollen und die alle in der heutigen Sitzung gegebenen Anregungen verarbeiten möge. Diese Anregung verdichtete sich zu folgendem Antrag:

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Dr. Hugo Preuß tritt Sonntag eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der deutschen Freistaaten angehören würden, um den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes zu beraten, welcher der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Das Grundgesetz sieht lediglich die Einsetzung einer Zentralgewalt, die Bildung eines Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der deutschen Freistaaten bei der Nationalversammlung vor. Der Kommission wird weiter der vorliegende Verfassungsentwurf zur Beratung überwiesen. Die Berichte der Kommission gehen an die Reichsleitung.

In seinen zusammenfassenden Schlußausführungen erklärte sich der Staatssekretär des Reichsamts des Innern von der Aussprache

Alle Stimmen für ein freies Preußen!

Der

Arbeiter,

der Verlangen nach einer wirklich demokratischen **Sozialreform** hat, nach **Arbeitsrecht** und **-freiheit**, kann seine Stimme nur abgeben für die Liste der

Deutsch-Demokraten.

im großen und ganzen befriedigt. Er ist der Ueberzeugung, daß sich ein Ergebnis, wenn alle vorgetragenen Einwände in angemessener Weise berücksichtigt werden, finden lassen werde. Auch er hänge nicht an den Einzelheiten seines Entwurfes. Die Reichsregierung habe sich ja auch niemals in bindender Weise zu diesem bekannt. Es wäre ja auch unmöglich, eine Verfassung zu schaffen, die sofort allen Beteiligten in Nord und Süd zusagen würde. Aber da aus allen Ausführungen ersichtlich war, daß man zu einem Ergebnis kommen will und da allen Ausführungen der Gedanke der, nach Möglichkeit festzufügenden Reichseinheit zugrunde lag, so ist auch die Hoffnung begründet, daß auch schon in der einzusetzenden Kommission ein bedeutender Fortschritt erzielt werden kann.

Nachwahl zur deutschen Nationalversammlung.

Zwei Abgeordnete des Ostheeres.

Ein neues Armeeverordnungsblatt bringt folgende von der Reichsregierung und dem Staatssekretär des Innern unterzeichnete Verordnung zur Ergänzung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung:

Die Angehörigen der im Osten stehenden Truppenverbände sind berechtigt, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt sind und sich noch außerhalb des Reichsgebiets befinden. Die örtlichen Soldatenräte werden ermächtigt, die Wahlen unter tunlichster Anlehnung an die für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung geltenden Vorschriften durchführen zu lassen.

Ein niederträchtiger Wahlschwindel

wurde gestern in Wilmersdorf aufgedeckt. Von gegnerischer Seite waren Kindern Stimmzettel, die auf Dernburg lauteten, zur Verteilung gegeben worden. Diese Zettel wurden Haus für Haus getragen. Wir richten an alle Wähler die Bitte zur Vorsicht. Die demokratische Liste für Teltow-Charlottenburg trägt als ersten Namen den des Lehrers Otto.

A.- und S.-Räte gegen die Nationalversammlung.

Gründung einer „nordwestdeutschen Bundesrepublik."

Braunschweig, 25. Januar.

Hier hat heute ein Kongreß zur Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik stattgefunden. Anwesend waren „Vertreter" aus Düsseldorf, Leipzig, Essen, Celle, Hannover, Remscheid, Merseburg, Hamburg, Hildesheim, Oldenburg, Cuxhaven und Bremen. Arbeiterrat Karl Kuehl aus Stendal sprach über die politische Lage und faßte sein Referat in einer Entschließung zusammen, die besagt, der Kongreß der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands steht auf dem Boden des Erfurter Parteiprogramms, wenn er ein klares und festes Bekenntnis dafür ablegt daß die politische Macht in den Händen der A.- und S.-Räte bleiben muß, bis der Sozialismus gesichert erscheint. Die **A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands verpflichten sich untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben,** sie werden die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, solange behalten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist. Die A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands sehen in der Nationalversammlung lediglich ein Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Reiches. **Erweist sich die Nationalversammlung als ungeeignet, das Werk der Revolution zu vollenden, dann hat sie und nicht die A.- und S.-Räte abzutreten.**

Volkskommissar Oerter (Braunschweig) sprach über die Bildung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland und brachte eine Entschließung ein, die besagt, die Revolution könne nur gerettet werden, wenn das System der Räteregierung erhalten bleibe. In Westdeutschland seien daher in sich abgeschlossene sozialistische Freistaaten zu bilden, die unter Regierungen von Räten stehen, und zwar:

1. Sachsen mit Provinz Sachsen, Altenburg und den beiden reussischen Staaten mit Landeshauptstadt Leipzig. 2. Groß-Thüringen bis an die Fulda reichend und nördlich bis zum Harz mit Landeshauptstadt Erfurt. 3. Hessen, umfassend das nördlich des Mains gelegene Hessen-Nassau und Kurhessen mit Landeshauptstadt Frankfurt (Main). 4. Rheinland-Westfalen mit Landeshauptstadt Elberfeld. 5. Hannover mit Ostfriesland mit Landeshauptstadt Hannover. 6. Oldenburg. 7. Der Bremer Freistaat mit Geestemünde, Bremerhaven und Lehe mit Landeshauptstadt Bremen. 8. Braunschweig-Lüneburg südlich bis zum Südabhang des Harzes, nördlich bis an die Nordsee, Cuxhaven einschließend, mit Landeshauptstadt Braunschweig. 9. Hamburg mit Schleswig-Holstein. 10. Die Altmark mit Anhalt und dem nördlichen Teil der Provinz Sachsen mit Landeshauptstadt Magdeburg.

Der

Handlungsgehilfe,

der weibliche, wie der männliche, kann nur für eine Partei stimmen, die für eine großzügige **Sozialpolitik** und **Gehaltsreform** einzutreten gewillt ist. Diese Partei ist die

Deutsche demokratische Partei.

Geht die Regierung nicht auf die Forderungen der vereinigten westdeutschen Freistaaten ein, dann erklärt sich die Vereinigung als **selbständig und unabhängig von der Berliner Regierung.** Sie wird **sofort mit der Entente einen Friedensabschluß suchen.** Die Vereinigung der sozialistischen Freistaaten Westdeutschlands wird alsdann an die süddeutschen Staaten sowohl wie an alle sozialistischen Freistaaten Deutschlands, die sich ihrer Sache anschließen wollen, einen **Aufruf zur Bildung eines Deutschen Reiches auf der Grundlage des Systems der Räteregierungen** richten und mit dem Ausland als selbständiger Staat in Verbindung treten."

Gegen die polnischen Freibeutereien.

Eine Erklärung der Regierung.

Berlin, 25. Januar.

Die Zahl der Proteste gegen die Abtretung deutscher Landstriche vom Reich unter Ueberschreitung des Wilsonschen Programms häufen sich bei der Regierung derart, daß jede Einzelbeantwortung unmöglich wird. Die Organisationen sämtlicher Parteien, städtische, staatliche und lokale Verbände, Adressen ganzer Kreise mit Einzelunterschriften aller Einwohner und Eingaben der A.- u. S.-Räte machen sich alle zum Träger des Einspruchs gegen eine Vorwegnahme der Beschlüsse der Friedenskonferenz und eine Schaffung vorzeitiger Tatsachen, besonders durch die Polen. Selbst von den preußischen Ostseehäfen kommen die Proteste gegen willkürliche Beschränkung ihres Hinterlandes durch reichszerstörende Einfälle. Die Reichsregierung erklärt nochmals, daß sie nach wie vor an ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu den Wilsonschen Programmpunkten festhält, daß sie aber auch deren Verwirklichung dem Friedenskongreß vorbehalten sehen will und infolgedessen gegen eine Vorwegnahme der Entscheidung dieses Kongresses oder gar gegen eine willkürliche Ueberschreitung des Nationalitätenprinzips sich aufs entschiedenste wehren wird. Sie wird jedem, der eine angebliche Hilflosigkeit des Reiches mißbrauchen will, den Beweis liefern, daß er sich geirrt hat.

*

Eine Besprechung der Posener Polen mit dem preußischen Ministerium hat noch nicht stattgefunden. Die preußische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie in Anbetracht der Lage keine Veranlassung hat, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, daß sie aber jeder Anregung von der anderen Seite gern Folge geben wird, vorausgesetzt, daß bei solcher Verhandlung nicht einzelne Fragen, sondern der ganze Komplex der zwischen dem preußischen Volke und den Polen zu lösenden Konflikte zur Sprache kommt. Bisher ist nur über die Freilassung der gegenseitig festgesetzten Geiseln gesprochen worden. (W. T. B.)

Bromberg, 25. Januar. (Amtlich.)

Bandenansammlungen in Mittendorf, Eichhorst und Brühlsdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden internieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Berlin, 25. Januar. (W. T. B.)

Durch Plünderungen und Zerstörungen seitens der aufständischen Polen sind in der Provinz Posen erhebliche Schädigungen des staatlichen und privaten Vermögens verursacht. Berichte darüber, auch von privater Seite, werden zweckmäßigerweise den Regierungspräsidenten in Bromberg, Marienwerder, Frankfurt a. O., Liegnitz oder Breslau eingereicht.

Die tschechische Gefahr.

Die Bedrohung Schlesiens. — Starke Truppenansammlungen.

Breslau, 25. Januar. (Privat.)

Die „Schlesische Zeitung" bringt heute folgende Aufsehen erregende Mitteilung:

„Die Regierung unterschätzt anscheinend die Gefahr, die von Süden her Schlesien bedroht. Mit der Eroberung Oderbergs sind die Tschechen nahe an die Tore Oberschlesiens herangerückt. Ebenso haben sie den militärischen Schutz um Glatzer-, Waldenburger und Riesengebirge näher an die Grenzen unserer Heimat herangelegt. Grunthal und Neuelt im Riesengebirge sind von ihnen besetzt worden. Besonders bedroht ist die Grafschaft Glatz. In Glatz halten sich zurzeit österreichische Eisenbahnbeamte auf, die von Hause aus Tschechen sind. Trotz geringer Benutzung verkehren von Mittenwalde aus noch täglich drei Personenzüge über die Grenze und mehrere Güterzüge. Eine Kontrolle findet an der Grenzstation nicht statt. Es liegt also die Gefahr nahe, da keines schönen Tages tschechisches Militär in Mittenwalde einrückt. Nur eine scharfe Grenzkontrolle kann dem vorbeugen"

Wer hat die Macht?

Die „Freiheit" bespricht die von uns wiedergegebenen Aeußerungen des Unterstaatssekretärs v. Braun über die nur sehr unzureichend kommende Lebensmitteleinfuhr und fährt dann fort:

„Im Anschluß daran warnt der Staatssekretär vor Streiks und Arbeitseinstellungen. Die bürgerliche Presse spricht diese Warnung in allen Tonarten nach. Damit gibt sie zu, daß das Schicksal Deutschlands, das heißt die Macht, in den Händen der Arbeiterschaft liegt."

Die Schlußfolgerung ist falsch. Die Macht liegt ebenso in den Händen der Bauern, Bürger, Beamten, Angestellten, Handwerker usw. Wenn diese streiken, ist die Fortexistenz unseres Wirtschaftslebens ebenso bedroht. Tatsache ist aber, daß diese Schichten zurzeit der Gesamtexistenz unseres Volkes weniger Schwierigkeiten in den Weg legen als die radikalen Kreise der Arbeiterschaft. Infolgedessen richtet Herr v. Braun seine Mahnungen besonders an diese; er wandelt damit in den Spuren des Unabhängigen Barth, der als Volksbeauftragter in schärfsten Worten gegen die wilden Streiks protestierte.

August Müller vor der Sozialisierungskommission.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat in seiner Ansprache an die Presse seine Stellung in der Frage der Sozialisierung dahin präzisiert, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei, und daß diese Institution mit den zu weit gehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort „Sozialisierung" nichts weiter sei als eine neue Formel für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen. Die Sozialisierungskommission hat sich mit dem Rat der Volksbeauftragten in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob diese Auffassung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts mit derjenigen der Volksbeauftragten übereinstimmt. Von der Antwort der Volksbeauftragten werden die Entschlüsse der Sozialisierungskommission abhängen.

Der

Handwerker,

der die Zertrümmerung des gewerblichen Mittelstandes durch die Sozialdemokratie und die Aufsaugung durch den Großkapitalismus verhindern will, kann seine Stimme nur für die Liste der

Deutsch-Demokraten

abgeben.

Sozialisierung der deutschen Energiequellen

Kohle und Elektrizität.

Selten hat ein mißverstandenes Schlagwort soviel Unheil angerichtet wie gegenwärtig die Forderung der Sozialisierung. Wild gewordene rote Spießbürger ruinieren unser Wirtschaftsleben in Grund und Boden mit der Begründung, sie müßten die sozialdemokratische Programmforderung der Sozialisierung auf eigene Faust durchführen, weil die sozialdemokratische Regierung nicht energisch genug dazu sei. Die Volksbeauftragten glaubten die aufgeregten Massen dadurch beschwichtigen zu können, daß sie eine „Sozialisierungskommission" einsetzten. Sie haben damit die Sache nur verschlimmert. Seitdem die Arbeiter gehört haben, daß der Bergbau in erster Linie reif für die Sozialisierung sei, beginnen die Arbeiterräte im Ruhrkohlenrevier die Sozialisierung auf ihre Art mit dem Erfolg, daß die Menge der geförderten Kohlen immer geringer wird. Die Grundursache dieser für unsere Volkswirtschaft so verhängnisvollen Experimente ist die falsche Auslegung des Begriffes Sozialisierung. Falsch ist der Standpunkt, daß damit nur erreicht werden soll, den gesamten Ertrag des Unternehmens den Arbeitern zuzuführen und das Unternehmen selbst durch den Staat zu leiten. Eduard Bernstein hat die Sozialisierung als ein Mittel bezeichnet, die Produktion zu steigern, unter Ausschaltung aller unwirtschaftlichen Arbeiten und Kosten den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit zu erreichen und den so erhöhten Produktionsertrag in gerechter Weise den Arbeitern und der Allgemeinheit zuzuführen. Als Wesentlichstes muß dabei jedoch stets daran festgehalten werden, daß die notwendige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung durch einen genügenden wirtschaftlichen Anreiz gesichert bleibt.

Diese vernünftige Form der Sozialisierung will das Reichswirtschaftsamt verwirklichen durch den Entwurf eines Reichs-Energiegesetzes, das jetzt den übrigen Reichs- und Staatsbehörden zur Beratung zugeht.

Es **handelt** sich um die **einheitliche Organisation** und Verwendung aller **natürlichen Energiequellen**, die Deutschland besitzt. Diese Energiequellen ruhen vor allem in den Brennstoffen und in den Wasserkräften, in Kohle, Torf, Erdöl und Wasser. Alle diese Kräfte in gemeinwirtschaftlichem Interesse zu organisieren und damit nicht nur die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben, sondern vor allem die Gemeinwirtschaft Deutschlands zu entfalten, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Gesetzentwürfe. Es handelt sich um den großzügigen Plan einer geordneten Verteilung und einer möglichst vorteilhaften Verwertung unserer Energievorräte und damit um die Beschränkung allen unwirtschaftlichen Wettbewerbs und Zwischenhandels, um Beseitigung der Zersplitterung durch Zusammenschluß und der Ausschaltung aller vermeidbaren Verluste, kurz gesagt: es handelt sich um die Organisation eines Zusammenarbeitens statt Neben- und Gegeneinanderarbeitens. Damit will das Reichswirtschaftsamt auch auf diesem Gebiet den modernen Grundsatz festlegen, daß unersetzliche Gemeingüter nicht mehr bedingungslos privater Willkür ausgesetzt sein dürfen, sondern in den Rahmen einer Gemeinwirtschaft der ganzen Nation eingegliedert werden müssen. Die Gesetzentwürfe des Reichswirtschaftsamts bestehen aus einem allgemeinen zusammenfassenden Rahmengesetz und aus den einzelnen Entwürfen über die Bewirtschaftung der Kohle, Elektrizität usw.

Ueberblickt man den augenblicklichen Stand der Kohlenwirtschaft in seinen drei Stufen: Produktion, Vertrieb und Verwertung der Kohle, so sieht man eine zusammenfassende Organisation am weitesten vorgeschritten bei dem Vertrieb. Bei der Produktion dagegen und beim Verbrauch liegt die Leitung noch vollkommen bei dem Einzelunternehmen. Aus dieser Tatsache ergibt sich ohne weiteres, daß der Plan, die Kohlenwirtschaft unter einen starken, einheitlichen Einfluß zu stellen, bei dem Vertrieb der Kohle beginnen muß, weil dort der Boden am besten vorbereitet ist. Auf dem Gebiete der Produktion und des Verbrauchs werden die zu ergreifenden Schritte langsamer und vorsichtiger gemacht werden müssen.

Für eine staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft ist die Zeit ebenfalls längst reif. In manchen Bundesstaaten hat man bereits damit begonnen, die weitere Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in günstigem Sinne zu beeinflussen. Die Aufgabe des Reiches ist, die gesunden Kräfte in der bisherigen Entwickelung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungesunden Erscheinungen planmäßig zu beseitigen. Eine Handhabe dazu kann die Einführung des Genehmigungszwanges für Starkstromanlagen geben. Das Reichsgebiet wird in organisch abgegrenzte Versorgungsbezirke eingeteilt. In jedem Bezirk schließen sich die Starkstromunternehmer unter dem regelnden Einfluß des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich zusammen. Die an der Verteilung und dem Verbrauch der Elektrizität beteiligten Kreise wirken an der einheitlichen und zweckmäßigen Elektrizitätsversorgung ihres Bezirkes mit. Kein bureaukratisch enges System und kein Netz von staatlichen

Der

Beamte

sichert sich seine **staatsbürgerlichen Rechte**, eine der Zeit entsprechende **Besoldung**, vor allen Dingen seine **lebenslängliche Anstellung** dadurch, daß er mit seiner **Stimme** den Sieg der

Deutschen demokratischen Partei

vergrößern hilft.

Der

Lehrer

soll der Bevormundung durch die geistliche Schulaufsicht entrissen, er soll von jedem Gewissensdruck und Glaubenszwang befreit, ihm sollen alle Rechte des freien Staatsbürgers zuteil werden. Das Programm des Deutschen Lehrervereins, das alle Wünsche der Lehrerschaft zusammenfaßt, ist wortwörtlich zur Verwirklichung angenommen worden von der Schulpartei, der

Deutschen demokratischen Partei.

Eingriffen soll an die Elektrizitätswirtschaft gelegt werden. Das Reich will ein gesetzliches Fundament legen, auf dem sich eine auf Selbstverwaltung gegründete, nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußte Geschäftstätigkeit so entfalten kann, wie es zugleich im Interesse des Versorgungsbezirkes und des ganzen Reiches liegt.

Es ist zu hoffen, daß sich nach der Bekanntgabe dieser gesetzgeberischen Pläne endlich jene Kreise beruhigen werden, die mit ihren dilettantischen Sozialisierungsversuchen schon so schweren Schaden angerichtet haben.

Das Ende des deutschen Kolonialreichs?

London, 25. Januar. (Reuter.)

„Times" melden aus Paris: Bei den gestrigen Verhandlungen über die Kolonien erhob Smuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. Ueber diesen Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und für Südostafrika mit irgendeiner Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoainseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Inteilung dieser Inseln der Aequator als südliche Grenzlinie festgesetzt werden soll. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marschallinseln erhalten.

Paris, 25. Januar. (Friedenskonferenz.)

Es wurde die Entsendung einer Mission der alliierten und assoziierten Großmächte nach Polen erörtert und dann beschlossen, daß Pichon Anweisungen für die Mission ausarbeiten und sie den Vertretern der Mächte zur Genehmigung unterbreiten solle.

Aus Brüssel wird gemeldet: Die „Nieuwe Gazette" meldete gestern, daß das ganze belgische Kabinett heute seine Entlassung verlangen würde. Eine Bestätigung der Nachricht fehlt noch.

Streikgefahr im Bankgewerbe.

Uns wird berichtet:

„Die Bankbeamten, deren wirtschaftliche Lage heute keineswegs so glänzend ist, wie weite Kreise anzunehmen geneigt sind, haben sich bisher in ihren Forderungen gegenüber den Bankleitungen große Zurückhaltung auferlegt, indem sie sich auf das Verständnis und Entgegenkommen der Direktion verließen.

Da sie jedoch hierin enttäuscht worden sind, beginnen sie nunmehr aus der Reserve herauszutreten. In einer stark besuchten Versammlung in der Börse hat Sonnabend abend die Bankbeamtenschaft der Mitteldeutschen Kreditbank einstimmig beschlossen, der Direktion bis zum 29. d. M. ein Ultimatum zu überreichen, nach dessen ergebnislosem Ablauf in den Streik eingetreten werden soll.

Hoffentlich gelingt es noch durch Nachgeben seitens der Direktion, die angesichts der nicht übermäßigen Forderungen einen sehr schroffen Standpunkt einnimmt, das Aeußerste zu verhüten, da sonst zweifellos die Streikbewegung auch auf die übrigen Banken überspringen und schwerer Schaden der ohnehin ramponierten Volkswirtschaft zugefügt würde."

Die neuen Schlichtungsausschüsse. Ein Erlaß des Kriegsministeriums (Kriegsamtes) verfügt im Anschluß an die Regierungsverordnung vom 23. Dezember 1918, worin die Bildung neuer Schlichtungsausschüsse an Stelle der bisherigen angeordnet wurde, folgendes: Die Kriegsamtsstellen treten unverzüglich mit dem für die Bildung der neuen Schlichtungsausschüsse zuständigen Landeszentralbehörden in Preußen den Regierungspräsidenten, für Berlin dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, in Verhandlung über die etwaige Uebernahme der Geschäftsräume, des Personals und der Einrichtungsgegenstände der bisherigen Schlichtungsausschüsse. Dem für eine Uebernahme nicht in Frage kommenden Teil des Personal ist zu kündigen; entsprechend ist mit den Geschäftsräumen zu verfahren. Gleichzeitig werden die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der bisherigen Schlichtungsausschüsse ihrer Stellungen enthoben.

Bolschewismus in der Milchversorgung.

Ein Attentat auf die Berliner Bevölkerung.

Die Fettstelle Groß-Berlin (Milch) bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: „Die Milchversorgung Groß-Berlins ist von einer ernsten Gefahr bedroht. Gegenüber den Bestrebungen der Fettstelle Groß-Berlin, den Milchpreis in erträglichen Grenzen zu halten, haben sich die Milchgroß- und -kleinhändler von Groß-Berlin sowie die Meereien zusammengetan, um gemeinschaftlich Forderungen der Fettstelle gegenüber durchzusetzen. Die Führung hat die Meierei C. Bolle übernommen, die bekanntlich vor kurzer Zeit in die Hände eines rheinischen Großunternehmers übergegangen ist. Die gemeinschaftlich aufgestellten Forderungen der vereinigten Milchinteressenten kamen darauf hinaus, daß der Gesamtverdienst der Beteiligten um etwa 75 Prozent erhöht werden sollte, so daß der Milchpreis eine Erhöhung um 15 Pfennig pro Liter hätte erfahren müssen. Begreiflicherweise hat sich die Fettstelle Groß-Berlin dem aufs nachdrücklichste widersetzt und die Verdienstspanne nach Angemessenheit um 30 Prozent erhöht. Trotz dieses Entgegenkommens haben die vereinigten Milchinteressenten unter Führung der erwähnten Meierei ihre bisherigen Ansprüche aufrecht erhalten zu müssen geglaubt und sich nicht gescheut, für den Fall, daß die Fettstelle diesem Ansinnen nicht in vollem Umfange entsprechen sollte, **eine Arbeitseinstellung und somit die Lahmlegung der Milchversorgung in Aussicht zu stellen.** Die Meereien insbesondere taten dies, obwohl ihnen die Fettstelle Groß-Berlin eine Unkosten- und Verdienstspanne zubilligt, die sich in dem eigenen Meereibetrieb der Fettstelle Groß-Berlin **als völlig ausreichend** erwiesen hat, selbst nachdem in der Meierei Groß-Berlin die Arbeiterlöhne beträchtlich erhöht worden sind. **Umso befremdlicher ist es, daß die Meereien Lohnerhöhungen in ihren Betrieben nicht vornahmen, sie vielmehr von einer sofortigen weiteren Erhöhung ihrer Verdienstspanne abhängig machten.** Da hiernach die Lohnstreitigkeiten innerhalb der Meereien angeblich den Hauptantrieb für die Mehrforderungen der Meereien bildeten, hat sich die **Gewerkschaftskommission** um Vermittlung bemüht. **Die Arbeiter der Meierei haben jedoch diese Vermittlung dieser berufenen Stelle abgelehnt,** mit der Erklärung, daß sie die Direktion der Meierei C. Bolle Akt.-Ges. mit der Wahrnehmung ihrer Interessen für alle weiteren Verhandlungen bevollmächtigt hätten. Entspricht diese Antwort in der Tat der **unbeeinflußten Willensäußerung** der Arbeiter, so ist damit die Möglichkeit, den wesentlichsten Differenzpunkt auf ordnungsmäßigem Wege zu erledigen, **vereitelt** worden. Die Fettstelle Groß-Berlin fühlt sich verpflichtet, die Oeffentlichkeit über die erwähnten Vorgänge aufzuklären, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß innerhalb der beteiligten Berufskreise die besonnenen Elemente die Oberhand behalten werden. Die Fettstelle Groß-Berlin wird selbstverständlich alles tun, was in ihren Kräften steht, um Stockungen der Milchversorgung zu vermeiden oder, falls sie wider Erwarten eintreten sollten, ihre Wirkungen aufs schnellste zu beseitigen."

Die Forderungen der Meereien und das befremdende Verhalten ihrer Arbeiter werden in allen Kreisen der Bevölkerung lebhafteste Empörung hervorrufen. Aber das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

„Der König."

Björnsons Schauspiel im Lessing-Theater.

Im Lessingtheater bleibt, trotzdem es zehneinhalb Uhr wird, nur Zeit, das halbe Stück zu spielen; die andere Hälfte, das Schau- und Zwischenspiel, ist weggefallen. Was bleibt, sind sieben Bilder, denen der karnevalistische Spuk vorangeht. Hier schon ruft das Bürgermädchen Clara Ernst dem jungen König die Verachtung ins Gesicht.

Sie ist die Tochter eines aufrechten Volksfreundes der als Majestätsbeleidiger ins Zuchthaus kommt und elend stirbt. Daß sie, auf Wegen des Herzens und Umwegen der höheren Tendenzdichtung, Königin werden soll, war für Björnstjerne Björnson unerläßlich. Dieses Liebesspiel, so süß auch seine Musik ist, hat in diesem Königsstück ein Zweckmotiv: die Ehe mit dem Mädchen, das er liebt, und das die Tochter eines Königsfeindes, eines fanatischen Republikaners ist, soll den jungen Herrscher ganz dem Herzen seines Volkes näherbringen, um dessen Liebe und Vertrauen dieser König in heißem Mühen ringt. Aber auch der entschiedene Schritt vom königlichen Wege vermag das Königtum nicht mehr zu retten. Gerade das, was edel und erhaben gefühlt war, wird zum Zerrbild der Masse, und wenn Clara Ernst nicht von der Geistererscheinung des Vaters jählings getötet würde — die johlende Menge am königlichen Schloß ließe das königliche Paar nicht passieren. Dieser Herrscher ist verloren und möchte doch ein Neuer, „Moderner" sein, ein Bürger unter seinen Bürgern, ohne Purpur, Hofstaat und Leibgarde. Er muß erkennen, daß ein König niemals Reformer des Königtums sein kann. Er sieht seinen Lehrer und Freund Gran, der in des Reiches dunkelster Stunde das Staatsgeschäft führt, von einem sozialistischen Ueberfanatiker in den Tod getrieben; sieht, wie das reine Wollen verkannt, die Tat mißdeutet wird und das Mißtrauen allein regiert. Er muß erfahren, daß gerade jene, für die er Ererbtes, traditionelle Macht, Gottesgnadentum und ähnliche Massensuggestionsmittel über Bord werfen will, längst über seine Entschlüsse hinaus sind. Und die anderen kommen, die an Zahl geringen und an Einfluß gewaltigen Parasiten und Regisseure des Gottesgnadentums: sie beweisen dem König, daß „nur eine starke Monarchie" das Vaterland retten könne. Der junge König ist in diesen Stunden alt und weise geworden. Er weiß nun, daß keine Brücke zum gelobten Land eines neuen Königtums führt. Da fährt er in kein neutrales Land — er scheidet freiwillig aus einem Leben, das jedem Umkehr und Kompromisse ermöglicht, nur dem König nicht, der in allen Netzen der Ueberlieferung gefangen ist.

In der Vorrede zu seinem Schauspiel — wir haben sie vor der Aufführung hier wiedergegeben — bekennt Björnson, daß seinem König kein anderes Ende winken durfte — denn dem ehrlichen Republikaner bleibt es klar, daß die Monarchen stürzen müßten am schnellsten, wenn sie den Boden verlassen wollen, der für sie bereitet wurde. Und dieses Schauspiel, in dem Björnson Wucht des Gedankens und Lyrik des Gefühls wunderlich und bezwingend ineinander mischt, stand nun im Zeichen der Aktualität. Die Wirkung war, von Barnowskys fein getönter Regie bestimmt, nicht einheitlich. Der Schlußakt erst, mit der wahrhaft königlichen Verachtung für alle Staats- und Religionslüge, weckte die Geister der Gegenwart. Er entschied den Erfolg.

Kurt Götz, der König, war nicht nur in dieser entscheidenden Auseinandersetzung die vollkommene Gestalt der Dichtung: kein Jüngling mehr, doch ein Mann mit einem jungen, lodernden Herzen und mit einem Zug schmerzlicher Ironie. Und mit dem Adel der Natürlichkeit. Ausgezeichnet die Herren Bruno Ziener, Emil Lind, Carl Wallauer und Heinrich Schroth — Episoden, die mit Hauptrollenbreite in der Erinnerung haften. Dagny Servaes ist bezaubernd in Anmut und Natürlichkeit, das tragische Bürgermädchen. Theodor Loos gibt dem Gran die melancholischen Schatten des resignierten Kenners.

M. Sch.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Mary-Charlottenburg; für innere Politik: Karl Retter-Neukölln; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtszeitung und den übrigen Teil: Heinrich Fenzau-Heimer-Berlin; für Feuilleton und Tägliche Unterhaltungsbeilage: Georg Siegerist-Zehlendorf; für den Inseratenteil: Josef Schulz-Berlin.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Die

Hausfrau und Mutter,

die das ihr von der Revolution gegebene Mitbestimmungsrecht am Schicksal des Landes für alle Zeiten behalten will, die für ihre Kinder die beste Schule, die wahre Aufstiegsmöglichkeit erstrebt, kann heute an der Urne nur wieder der

Deutschen demokratischen Partei

ihre Stimme geben.

Deutsche, macht Deutschland stark!

Schützt die Nationalversammlung!
Schützt die Landesgrenzen gegen polnischen Uebermut!
Zeigt, daß es noch dieselben Männer gibt.
Tretet ein in unser Freikorps.
Mobile Löhnung, Mark 5.— Tageszulage, freie Unterbringung, Verpflegung und Ausrüstung.
Besonders gebraucht werden:
Maschinenmonteure, M.-G.-Schützen, Monteure, Radfahrer, gedientes Eisenbahnbaupersonal, Sanitätspersonal, Holzarbeiter, Eisenarbeiter, Büchsenmacher, Schuhmacher, Schneider, Sattler, Offiziere (Leutn., Oberlt.), Aerzte, Kavalleristen.
Meldestellen: Werbezentrale: Charlottenburg, Zeitungskasse am Reichstag (Ausgangsstelle Wilhelmplatz); Berlin W., Tanzpalast Palast; Berlin N., Chausseestraße 1, Richtungs-Bureau C., Alexanderplatz 9, Alexander; Berlin SW., Belle-Alliance-Platz 13, Hofbräuer Bierhalle; Berlin C., Kaffee Bauer und Werder a. H., Lerchstraße 177.

„Freikorps Hülsen."

Seide

Kleider-Seide doppeltbr. i. schönen Farb. Mtr. 29,50

Schwz. Taffet dopp. br. besond. gute Qualität Mtr. 39,50

Blusen nur Leipziger 65

Weiße Seiden-Alpacca-Bluse, modern m. großen Perlmuttknöpfen: 49,50

Hervorragend **billige** Preise.

Leiser

A. WERTHEIM

Außerordentlich preiswerte Damen-Bekleidung

Taffetkleid m. Westengarnitur und farbiger Seide garniert **195.00**

Kittelkleid aus Seide mit reicher Stickerei, elegant verarbeitet **250.00**

Kleid aus guter Perlseide, jugendliche Form, mit farbiger Seide garniert **275.00**

Rock aus Taffet, gezogene Form, mit breiter Gürtelgarnierung, schwarz und blau **98.00**

Gegen Berliner Bezugsschein

Röcke glatte Form, mit Taschen, aus melierten u. einfarbig. Stoffen **37.40 44.00 55.50 73.15**

Bluse aus gemustertem Waschvoile, in verschiedenen Formen **27.50**

Bluse a. gesticktem weiß. Voile, halsfreie Form, auch hochgeschlossen zu tragen .. **39.00**

Bluse aus weiß-farbiggestreift. Seide, halsfreie Form **47.50**

Neu eingerichtet!

REISE-BÜRO

LEIPZIGER STRASSE

Vertretung d. Mitteleuropäischen Reisebüros G. m. b. H. (MER) Berlin u. d. Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Akt.-Ges., Berlin

Amtliche Fahrkarten-Ausgabe

VORVERKAUF

von Eisenbahnfahrkarten und Bettkarten zu amtlichen Preisen ohne Aufschlag. Kostenlose Auskunft in allen Reiseangelegenheiten. Gepäck-Versicherung. Reise-Unfall-Versicherung

---

Sparkassen Banken und Bankiers

empfehle von mir übernommene

4½%

Hamburger Staats-Anleihe

fällig mit 2% vom Nominalbetrage, gestückelt à 10 000 Mark.

Tel.-Adr. Siegmarius **Otto Markiewicz** Amt Zentrum 9153 u. 9154

Bankgeschäft

Berlin NW. 7, Unter den Linden 59a.

In Hamburg vertreten durch Lisser & Rosenkranz * In Frankfurt a. Main vertreten durch S. Kaufmann-Löffler & Co.

Humboldt-Akademie Freie Hochschule.

Kundgebung

Sonnabend den 1. Februar, abends 7½ Uhr, im großen Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses, Eingang Prinz-Albrecht-Straße 5.

Die neue Zeit.

Redner: **Kultusminister Konrad Haenisch, Theodor Kappstein,** Unterstaatssekretär Professor Dr. **Richard von Moellendorff,** Universitätsprofessor Dr. **Franz Oppenheimer,** Dr. **Ernst Cohn-Wiener.**

Eintrittskarten für 3,—, 2,— und 1,— Mark in den Theaterkassen von Hermann Tietz, Kaufhaus des Westens, Luftfahrerbank, W. 8, Französische Straße 57; Auskunftsstelle der Treptow-Sternwarte, Potsdamer Straße 138a; Hauptbüro C. 2, Neue Friedrichstraße 53/56, II. 10—12, 1—5.

Die Vorlesungsreihen und Unterrichtskurse

beginnen am Montag, den 3. Februar.

Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten in den oben genannten Geschäftsstellen, in Buchhandlungen und Vereinsstellen.

Verordnung

über die Aufhebung des Ausschankhöchstpreises von Einfachbier.

Auf Grund der §§ 12, 17 der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 wird mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Verordnung des Magistrats Berlin über den Höchstpreis von Einfachbier vom 3. Oktober 1918 wird aufgehoben.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Januar 1919.

Magistrat.
Wermuth.

J. Nr. 62 a/19 Prs.

Mittags v. 1-3 geschlossen

Perser

Deutsche Teppiche

Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- und Diwandecken, Tüllbettdecken, Steppdecken

empfiehlt

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 882

nur Oranienstr. 158.

Kein allbek. Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnl. laut. Firma!

An alle Hausfrauen!

Der Waffenstillstand hat die Hoffnung nach besserer Versorgung mit Lebensmitteln bisher leider nicht erfüllt. So heisst es denn, sich weiter mit dem Vorhandenen einzurichten und zu versuchen, das Wenige so schmackhaft wie möglich zuzubereiten. —

Eine geschickte Hausfrau benutzt zum Würzen „Plantox"*), den vollkommenen Ersatz für Fleischextract. Verschiedene Rezepte, die wir unserer Sammlung entnehmen und hier veröffentlichen, werden Ihnen zeigen, wie man „Plantox" am vorteilhaftesten verwendet. Bitte, beachten Sie die Rezepte!

Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

*) Genehmigt von der Ersatzmittelstelle Hamburg.

Starke Büste

wird erlangt durch d. echte Bocatai-Busenwasser, welch die Formen z. höchst. Entfalt. bringt u. einen gleichmäss. Halsansatz bewirkt. Durch natürl. äusserliche Anfeuchtung wird d. erschlaffte Brust gekräftigt u. d. unentwickelte kl. Büste vergröss. Zahlr. Anerk. Wirkung unübertroff. Fl. 4 M. Kosmet. Laborator. H. Bocatai, Berlin, Schönhauser Allee 132.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private

Möbel-Grosslager Berliner Tischler- und Tapezierermeister

Albert Gleiser,

Berlin C. 21, Alexanderstr. 42, Alexanderplatz.

Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung äusserst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland. †

Krause Pianos zur Miete

Anrechnung der Miete bei spät. Kauf laut Vereinbarung.

Ansbacher Strasse 1, Ecke Kurfürstenstr. *

Zigarren

100 Stück M. 40.—, 60.—, 90.—, 120.—, 150.—, zur Probe je 2 Stück, zus. 10 Stück M. 9.20.

Zigaretten vorrätig

2 Manheimer,

Berlin, Bergmannstr. 1, I. (nahe Kreuzberg.) *

Piano

kauft Aster, Flensburger Straße 1 Moabit 7310 *

Ia neue Gänsefedern,

erstklassig gereinigt, in bekannter Güte offeriert **Ernst Schulz,** Gänsemäst., **Teschendorf, Mark.** Aufschluß gebende Preisliste einfordern! *

Taschenuhren

liefern ab **7.50 M.** in guten Qualitäten u. ganz besonders günstigen Preisen direkt an Private.

Große Auswahl.

Deutschlands Uhren-Manufaktur Leo Frank,

Berlin C 19, Beuthstr. 4. Kein Laden.

BOSCH

Reparatur- und Einbau-

Werkstätte

und

Verkaufsbüro

für

Bosch-Magnete
Bosch-Licht
Bosch-Anlasser
Bosch-Oeler
Bosch-Kerzen

Charlottenburg 4

Bismarckstr. 71 (Ecke Fritschestr.)

Fernsprecher: Wilhelm 367—368

Ankauf

von bedeutendem

Brillanten- und Perlschmuck

bei barer Auszahlung

Kanonierst. 9. **Margraf & Co. G. m. b. H.**

Spezialhaus f. Juwelen-Gelegenheitskäufe

Kaufe nur Montag, 27. Jan., bis Sonnabend, 1. Febr., tägl. v. 10—6 Uhr i. Hotel Nordischer Hof, Berlin, Invalidenstr. 126 (b. Stettiner Bhf.)

Alte Gebisse pro Zahn bis 4,00 M.,

gewöhnl. Platin-Zahn 0,60—1,00 M., Platin-Stiftzahn 1,60 bis 2,00 M., Platin-Platten-Zahn 4,00 M., Gebisse in Gold bis 100 M., in Platin bis 200 M.

Platin zu hohen Preisen. *

Frau C. Willig, Hamburg 22, Volksdorferstr. 5, III.

---

10 000 Karbidlampen

prima Ausführung, wundervoll billige Beleuchtung, jetzt bedeutend billiger. Garantie für jede Lampe.

Nr. 11 Probestück M. 3.50, 25 St. à 2,75, 50 St. à 2,50, 100 St. à 2,40

Nr. 21 Probestück von M. 13,75 an.

Prima Karbidbrenner „Cete" per 100 Stck. M. 18.— Händler hohen Rabatt. Nr. 11 Nr. 21

Heyse, Fahrradhaus, Berlin, Oranienstrasse 32.

Zweiggeschäft Berlin, Grosse Frankfurter Str. 145.
Zweiggeschäft Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 157.

Stottern

Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vorm Sprechen, Atemnot beseitigt gründlich **Dr. Schraders Spezial-Institut für Stotterer usw.**

Berlin W., Lützowstr. 30 (Sprechst. 3—8 Uhr). *

Jeder, der stotterfrei singt, erhält eine fliessende, natürliche Sprache.

Leberleiden

jeder Art, auch hartnäckige u. veraltete Fälle, beseitigt vollständig mein **Spec.-Mittel.** Ueber 25 Jahre sicher bewährt. M. 6.50.

Otto Reichel, Berlin 45, SO., Eisenbahnstr. 4 *

Tr. Fackelmann's höhere Lehranstalt. — Einj.- u. Abit.-Vorbereit. — Volksschüler! Erwachsene! Abendk.! Notprüf.! Freiprosp. Hohenzollernd. 198. *

Gartenlandparzellen

in guter Kultur, zur Selbstbewirtschaftung und zur sicheren Kapitalsanlage geeignet, sind in bester und bequemster Lage **Niederschönhausens,** zwischen Kaiser-Wilhelm- und Waloistraße, für nur

85 Mk. die □R.,

zu verkaufen. Auskunft, auch Sonntags **Berlin NW. 23,** Klopstockstr. 54. Moab. 8675. *

Die billigen Preise die grosse Auswahl übertreffen jeden Käufer.

Leopold Gadiel

Königstr. 22-26, 1 Treppe

Hochelegante Ball-, Gesellschafts- u. Nachmittags-Kleider

darunter kostbare Modelle — selten schöne Auswahl.

Entzückende farbige **Voile-Kleider** enorm billig 88.– 98.–

Imprägnierte **Seiden-Mäntel** auch für junge Damen à 175.–

Hochelegante moderne **Seiden-Kostüme** 250.-275.-325.–

Moderne fesche **Kostüme** à 98.– u. 178.– **Wintermäntel** riesige Auswahl von 75.– an

Blendend schöne **Seidene Unterröcke** 59.— 69.— 79.—

Wollene Kleiderröcke neueste Formen à 79.—

Seidene Kleiderröcke 98.— 125.— 135.—

Fesche schwarze Seidene **Moire-Jacken** à 85.–

Entzückende **Jungmädchen-Kleider** fesche Form. u. sehr billige Preise.

Reizende seidene **Kinder- u. Mädchenkleider** 50—100 cm lang sehr billig.